

Stadt gemeinwohlorientiert entwickeln

1. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass das große städtische Gelände zwischen dem Rathaus und dem Appolonia-Pfaus-Park (aktueller Standort von BVZ, Turnhalle, Musikschule, Gesundheitsamt) nicht privatisiert wird, sondern als Gemeingut in städtischem Eigentum erhalten bleibt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Privatisierung der städtischen Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park kommt?

- NEIN

Begründung

Wir begrüßen die Schaffung neuen Wohnraums rund um den Appolonia-Pfaus-Park. Dazu soll die Stadt ihre Flächen an mögliche Investoren veräußern. Für die strategische Planung der Stadt an diesem Standort ist es nicht notwendig, dass die Stadt Eigentümerin der Flächen bleibt. Ein Investor soll diese kaufen und diese auf eigene Kosten entwickeln.

2. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass die Musikschule und das Gesundheitsamt als Gebäude erhalten bleiben. Ein Abriss wäre ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Gebäude können für eine gemischte Nutzung umgebaut werden: So könnte z.B. das Gebäude-Ensemble aus Musikschule und Gesundheitsamt zu einem Campus für soziales Wohnen, Kleingewerbe, Kultur und öffentliche Einrichtungen umgebaut werden – mit einem Gemeinschaftsgarten mitten im Zentrum der Stadt.

Werden Sie sich für den Erhalt und für die Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt einsetzen?

- JA

Begründung

Der Erhalt der Musikschule stellt eine interessante Option dar, wenn diese mit einem attraktiven Angebot durch Dritte bewirtschaftet wird. Wir würden uns über eine Einrichtung wie das Unperfekthaus in Essen freuen. In diesem Sinne würden wir uns für den Erhalt des Gebäudes einsetzen. Ergibt sich diese Nutzungsalternative nicht, sehen wir keine sinnvolle Konstellation, um das Gebäude zu erhalten.

3. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, dass das Gelände am Appolonia-Pfaus-Park auch zukünftig gemeinwohlorientiert und nicht renditeorientiert genutzt wird. Für möglichst günstige Mieten sollte dort Wohnungsbau ohne Profitinteresse entstehen. Die Stadt kann entweder selbst gemeinnützig (um)bauen, oder Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger vergeben, z.B. an Genossenschaften oder

Wohnungsbauvereine.

Werden Sie sich für eine solche gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Geländes am Appolonia-Pfaus-Park einsetzen?

- NEIN

Begründung:

Der Rat hat Quoten für den sozialen Wohnungsbau beschlossen. Um Menschen aller Einkommensklassen eine Wohnung bieten zu können, sollen 20% der neu entstehenden Nettogeschossfläche auf von der Stadt veräußerten Grundstücken als Sozialwohnungen genutzt werden. Diese Regel wollen wir für die Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park angewendet wissen. Damit wird eine qualitative und wirtschaftlich darstellbare Entwicklung mit sozialen Belangen verbunden.

4. Die Stadt Bochum und ihre Tochterunternehmen sind mit fast 80 Prozent die größten Anteilseigner der Wohnungsbaugesellschaft VBW. Das Netzwerk Stadt für Alle fordert, die bestehende Gestaltungsmehrheit in allen VBW-Gremien dazu zu nutzen, das mehrheitlich kommunale Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten: Aufgabe der VBW soll nicht sein, möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern möglichst günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine weitreichende Mieter*innenmitbestimmung zu ermöglichen.

Wollen Sie die kommende Wahlperiode dazu nutzen, die VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umzubauen?

- NEIN

Begründung:

In unseren Augen ist die Beteiligung privater Anteilseigner ein Garant für ein effizientes Wirtschaften. Die VBW schöpft daraus eine besondere Stärke. Nur wenn ein Wohnungsbauunternehmen auch ausreichend Einnahmen erzielt, kann es auf der anderen Seite soziale und ökonomisch beanspruchende Aufgaben sicher und gut erfüllen.

5. Das *Netzwerk Stadt für Alle* kritisiert insbesondere, dass die aktuelle Ratsmehrheit die VBW dazu verpflichtet hat, Rendite von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr an die Anteilseigner auszuschütten. Alleine durch den Verzicht auf diese Rendite könnte die Miete jeder frei finanzierten VBW-Wohnung durchschnittlich um rund 400 Euro pro Jahr niedriger ausfallen. So könnte der Rat einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung oder gar Senkung des Mietpreisniveaus in Bochum leisten.

Wollen Sie in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass der Rat der Stadt Bochum nicht noch einmal von der VBW die Abführung von Millionenrenditen an den städtischen Haushalt verlangt?

- NEIN

Begründung:

Die Stadt nutzt die Auszahlungen durch die VBW für die Umsetzung sozialer und ökologischer Maßnahmen. Mietpreissteigerungen in Bochum begegnet man am besten mit einer Erhöhung des Wohnangebotes, da dadurch die Preise sinken.

6. Das Netzwerk Stadt für Alle setzt sich für einen Privatisierungs-Stopp in Bezug auf kommunalen Grund und Boden ein. Statt weitere städtische Grundstücke zu verkaufen, sollen sie nach dem Erbbaurecht mit vertraglich vereinbarten langfristigen Mietpreisbindungen vergeben werden.

Wollen sie in der kommenden Wahlperiode einen solchen Grundsatzbeschluss im Rat erwirken?

- NEIN

Begründung:

Häuslebauer sollen sichere Investitionen auch für Ihre Kinder machen können. Für primär selbstgenutztes oder später erst bei Bauträgern zu erwerbendes selbstgenutztes Wohneigentum stellt Erbbaurecht nicht das Instrument der Wahl dar. Der ökonomische Vorteil, der sich in der Vergangenheit durch den Erbbauzins ergeben hat, ist in der Niedrigzinsphase nicht mehr vorhanden. Die Finanzierung eines Gebäudes mit Erbbaurecht stellt sich regelmäßig schwieriger dar. Wir wollen mehr Menschen ins eigene Heim auf eigenem Grund und Boden bringen.

Demokratie und Mitbestimmung

7. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat die mangelhaften Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bochumer Bevölkerung bei der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Innenstadt kritisiert. Hintergrund ist, dass sogar das Bundesinnenministerium in seiner ISEK-Arbeitshilfe für Kommunen klargestellt hat: „Der Grad der Mitbestimmung kann von der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen bis hin zu weitreichenden Entscheidungsrechten der Betroffenen reichen.“ Die Stadt Bochum ermöglichte nur das Minimum: Die Beteiligungsformate beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vorschläge einzureichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum zukünftig Modelle der tatsächlichen Mitbestimmung an Planungs- und Entscheidungsprozessen

institutionell verankert, wie sie bereits in anderen Kommunen erfolgreich erprobt worden sind?

- JA

Begründung

Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf dem gesetzlichen Mindestmaß kann nicht der Anspruch unserer Stadt sein. Wir wollen insbesondere die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten bedeutend auszubauen. Im Netz sollen zentral auf einer Karte alle aktuellen und zukünftigen Projekte verortet und mit Informationen sowie Beteiligungsmöglichkeiten dargestellt werden.

8. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert für die Umgestaltung der Innenstadt einen offenen partizipativen Aushandlungsprozess, der über die üblichen Formate wie Bürgeranhörungen weit hinausgeht. Konkret fordert das Netzwerk, dass dem geplanten Qualifizierungsverfahren und der Rahmenplanung „Am Appolonia-Pfaus-Park und Umfeld Rathaus“ ein Mitbestimmungsprozess vorangestellt wird, in dem die von der Planung betroffenen Anwohner*innen und interessierte Nutzer*innen der Innenstadt gemeinsam ein Anforderungs- und Bedürfnisprofil für die zukünftige Nutzung des Geländes entwickeln. Dieser Prozess sollte schnellstmöglich beginnen, um eine breite öffentliche Debatte der Stadtgesellschaft über die Planungsziele zu ermöglichen. So kann ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der modellhaft für die demokratische Einbeziehung der Stadtgesellschaft in Planungsprozesse sein kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher öffentlicher Mitbestimmungsprozess zur Festlegung der Planungsziele für das Gelände zeitnah auf den Weg gebracht wird?

- JA

Begründung

Einen Beteiligungsprozess für Bürgerinnen und Bürger befürworten wir. Sinnvolle Eingaben sollten in die Planungen eingearbeitet werden.

Ökologie, Klima und Verkehr

9. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass der Appolonia-Pfaus-Park nicht verkleinert wird. Statt Teilflächen zu bebauen, wie es in der Planzeichnung des „städtebaulichen Gesamtkonzepts“ (Ratsbeschluss vom 16.11.2017) vorgesehen ist, sollte der Park belebt und für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Wollen Sie dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Verkleinerung des Parks kommt?

- NEIN

Freizeit- und Erholungsangebote bemessen sich nicht nur durch die Fläche, sondern insbesondere durch ihre qualitative Ausgestaltung. Eine angenehme Gestaltung, bequeme Stadtmöbel und eine beispielbare Fläche könnten die Nutzung aufwerten. Es ist auch im Sinne von Investoren, ein angenehme Aufenthaltsqualität zu erreichen.

10. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat vorgeschlagen, den Bochumer Innenstadtring umzubauen: Autoverkehr soll zukünftig nur noch einspurig stattfinden, und der gewonnene Platz soll für sichere Radwege genutzt werden.

Unterstützen Sie den Vorschlag?

- JA/NEIN

Begründung

Die FDP Bochum hat beschlossen, den Innenstadtring mit sicheren Radverkehrsanlagen auszustatten. Dafür soll auf das Parken am Straßenrand verzichtet werden. Eine alternative Möglichkeit wäre die Prüfung eines Ein-Richtungsverkehrs beim Erhalt von drei Spuren, um eine freiwerdende Spur für einen Zwei-Richtungs-Radweg nutzen zu können.

Sammelunterkünfte auflösen

11. Nach wie vor leben in Bochum viele Geflüchtete in Sammelunterkünften. Dabei ist die eigene Wohnung neben der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben. In Zeiten von Corona können notwendige Abstands- und Hygieneregeln in Sammelunterkünften kaum eingehalten werden. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert die Stadt Bochum auf, allen Geflüchteten, ein Leben in Wohnungen statt in engen Containern und anderen Massenunterkünften zu ermöglichen.

Werden Sie sich für die regelhafte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Sammelunterkünften einsetzen?

- JA

Begründung

Sammelunterkünfte sind nie die beste Wahl. Die Unterbringung sollte nach Möglichkeit bevorzugt in Wohnungen stattfinden. Dies fördert auch die Integration der Flüchtlinge durch eine Anbindung an eine gewachsene Nachbarschaft.